

Stellungnahme der wissenschaftlichen Beistände der Kläger gegen das AKW Brokdorf

Als wissenschaftliche Beistände der 9 Kläger gegen das geplante AKW Brokdorf und als Mitglieder der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe müssen wir hier eine Stellungnahme zum Verlauf des Prozesses abgeben:

Wir müssen feststellen, daß dieser Prozeß ein absolut unnormales Verfahren ist.

Nachdem die Klage 3 Jahre lang ruhte, wird nun der Prozeß in merkwürdiger Hektik durchgezogen. Im Juli vergangenen Jahres noch befragte das Gericht die Betreiber, ob die Auflagen des Obergerichts in Hinblick auf eine gesicherte Entsorgung durch die Cogema-Verträge erfüllt seien. Die Betreiber erklärten 5 Monate später, daß sie einen Termin derzeit für verfrüht hielten.

Am 20. Juli dieses Jahres, 3 Monate nach den Landtagswahlen, haben die Betreiber dann das Gericht aufgefordert, nun endlich zu verhandeln. Innerhalb von 3 Wochen wurde eine Verhandlung anberaumt, der Gerichtstermin auf 7 Wochen später festgesetzt, sodaß der Klägerseite kaum Zeit für die Erstellung einer Klageschrift blieb. Bis zum Prozeßbeginn lag von Seiten des Gerichts keine inhaltliche Struktur der zu behandelnden Fragen vor.

Schon hieraus wird deutlich, daß es dem Gericht offensichtlich nicht um eine Klärung aller strittigen Fragen, sondern um eine rasche Entscheidung in einem unangenehmen und politisch brisanten Fall geht.

Dieser Eindruck wird verstärkt durch die Art und Weise der Prozeßführung:

- + Stellungnahmen der Kläger zu ihrer Situation und zu ihrer besonderen Betroffenheit, die sie vor Beginn der Detaillierung darstellen wollten, werden vom Gericht - auf Drängen des Vertreters des öffentlichen Interesses - nicht zugelassen. Daß hier Menschen mit ihrem Leben von dem Bau des AKW's betroffen sind, sollte hier wohl nicht deutlich werden.
- + Der Prozeßablauf ist derart gedrängt, daß Anwalt und Beistände der Kläger an einer sachgerechten Aufarbeitung des Prozeßmaterials gehindert sind.
- + Bei der Befragung der Sachverständigen wurde uns Beiständen eine geschlossene und gezielte Überprüfung ihrer Aussagen äußerst erschwert. Immer, wenn es deutlich wurde, daß die Gutachten Lücken und Widersprüche aufwiesen, die die Sachverständigen nicht klären konnten, wurde vernebelt: das Gericht ließ Entlastungsfragen zu, die Betreiber-Anwälte

produzierten Konflikte und Ablenkungsmanöver, es wurden Verhandlungspausen eingelegt. Eine weitere Chaotisierung entstand durch das Durcheinanderwürfeln der Fragenkomplexe verschiedener Klägergruppen zu verschiedenen Themen.

Daraus müssen wir den Schluß ziehen, daß das Gericht parteilich ist und nur an einem schnellen Urteil interessiert ist, dessen Richtung längst festliegt.

Für uns kann der jetzige Termin nur einen Sinn haben, wenn er aufgefaßt wird als ein Termin, auf dem strittige Fragen herausgearbeitet werden und die Grundlage für eine gründliche Hauptverhandlung geschaffen wird, in der die Interessen der betroffenen Bevölkerung berücksichtigt werden. Diese kann erst stattfinden, wenn das Gericht einen ausführlichen Fragenkatalog erstellt hat und alle erforderlichen Entscheidungsunterlagen vorliegen.

Für die restlichen beiden Verhandlungstage der Prozeßrunde bestehen wir auf der Möglichkeit, unsere Fragen an die Gutachter ungestört und in geschlossenem Zusammenhang stellen zu können. Uns geht es um die sachliche Klärung im Interesse der Betroffenen.

Und im Übrigen müssen wir noch einmal feststellen:

Wir haben nicht Widerstand gegen das Atomkraftwerk Brokdorf geleistet, um jetzt hier an einem Gerichtsverfahren teilzunehmen, das schließlich der Stoltenberg'schen Landesregierung als Legitimationsbasis dient!

Schleswig, 4.10.1979